



Mehrere Unfälle bei Schnee und Eisglätte / Hornberg-Loipe gespurt – für Wintersport ohne Gedränge

### Im Lokalteil

#### Arbeitslosigkeit gestiegen

Ein schwieriges Jahr mit großen Herausforderungen – so hat Elmar Zillert, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Aalen, 2020 in der Jahresbilanz beschrieben. Um 25,8 Prozent ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. ► Seite 10

#### Hilfe für Erdbebenopfer

Die Lorcher Ärztin Dr. Magdalena Hefele-Golubic will Ende nächster Woche mit zwei Arzthelferinnen nach Kroatien reisen, um den Opfern der Erdbeben zu helfen. Im Gepäck haben sie medizinisches Gerät. ► Seite 11

#### Inzidenz: Zahlen schwanken

Das Landratsamt des Ostalbkreises weist für denselben Tag eine andere Inzidenz für den Kreis aus, als das Landesgesundheitsamt oder das Robert-Koch-Institut. Wie genau sich der Wert errechnet, erklärt Susanne Dietterle, Sprecherin des Ostalbkreises. ► Seite 11

#### Bauvorhaben in der Kritik

2200 Quadratmeter umfasst das Grundstück, auf dem sich der Gmünder „Südbahnhof“ befindet. Eine Fläche, die zu bewirtschaften mit einem großen Aufwand verbunden ist. Auf einem Teil des Grundstückes möchten die Eigentümer nun den Bau eines Wohnhauses realisieren. Anwohner äußern bereits Kritik. ► Seite 13

#### Antigentest für Besucher

Michael Schmitt möchte eigentlich nur tun, was er auch in den vergangenen Wochen sehr oft getan hat: Er möchte seinen Vater im Pflegeheim St. Ludwig in Gmünd besuchen. Ein Besuch, der seit Montag noch weiter erschwert wird. Denn: Besucher müssen einen negativen Corona-Antigentest vorweisen und aktuell ist noch ungeklärt, wer die Kosten übernimmt. ► Seite 13

#### Eschach will sich entwickeln

Viel getan hat sich in Eschach in Sachen Ortsentwicklung sowohl an den Ortsrändern als auch im Hinblick auf Industrie und Gewerbe. Nun soll mit Hilfe staatlicher Unterstützung bei der Entwicklung der Ortskern stärker in den Fokus rücken. ► Seite 15

#### Aktuelle Corona-Zahlen

##### Inzidenz schwankt

**OSTALBKREIS:** 7-Tage-Inzidenz: 158 Neuinfektionen/100 000 Einwohner; Aktive Fälle: 676; Situation in den Kliniken: 56 von 73 Intensivbetten sind belegt, 10 Covid-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung, davon werden 4 beatmet.

**REMS-MURR-KREIS:** 7-Tage-Inzidenz: 116; Aktive Fälle: 703; Situation in den Kliniken: 52 von 61 Intensivbetten sind belegt, 13 Covid-19-Fälle in intensivmedizinischer Behandlung, davon werden 8 beatmet.

#### Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13939,71 Pkt. <b>+14,65 Pkt.</b>	3616,51 Pkt. <b>+4,38 Pkt.</b>	1,2166 Dollar <b>+0,005 Cent</b>

#### Wetter

Mittags 5°  
Nachts -2°  
Bewölkt und nach Süden anhaltender Schnee

4 190583 602107 40002

## Erste Gmünder Blutspende im neuen Jahr



Die DRK-Ortsgruppen Bettringen, Weiler und Degenfeld haben gemeinsame Sache gemacht und in der Bernhardushalle die erste Blutspende im neuen Jahr auf Gmünder Terrain organisiert. Trotz der Einschränkungen, die die Pandemie auch für das Blutspenden mit sich bringt, konnte eine stattliche Anzahl an lebensrettenden Blutkonserven gewonnen werden (Seite 12). Foto: Astavi

## Umfrage: Grüne und CDU im Land gleichauf

Kretschmann ist bei Wählern beliebter als seine Herausforderin Eisenmann.

**STUTT GART.** Zwei Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg liefern sich Grüne und CDU ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Würde der Landtag an diesem Sonntag gewählt werden, kämen die beiden derzeitigen Regierungspartner jeweils auf 30 Prozent. Das geht aus einer Befragung des Meinungsforschungsinstituts Insa im Auftrag der „Bild“-Zeitung hervor. Im Vergleich zur letzten Insa-Umfrage vor zwei Monaten verliert die CDU einen Prozentpunkt und die Grünen gewinnen einen Punkt hinzu. SPD und AfD liegen laut der Umfrage beide bei zwölf Prozent. Die FDP steigt um einen Punkt von sieben auf acht Prozent. Die Linke wäre mit vier Prozent erneut nicht im Landtag vertreten und erlebt ein Minus von einem Punkt im Vergleich zum November. Im direkten Vergleich liegt der grüne Regierungschef Winfried Kretschmann (52 Prozent) in der Wählergunst weit vor seiner Herausforderin Kultusministerin Susanne Eisenmann von der CDU (12). Die Landtagswahl findet am 14. März statt. (dpa)

# Mehrheit glaubt nicht an Aufschwung in diesem Jahr

### BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen: Die Stimmung im Land ist gedämpft, viele kritisieren den Rückstand bei der Digitalisierung und befürchten verödete Innenstädte.

**VON DANIEL GRÄFE**

**STUTT GART.** Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg erwartet keinen Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr. 37 Prozent glauben, dass es 2021 „eher bergab“ geht, nur 28 Prozent rechnen mit dem Gegenteil. Die übrigen erwarten keine wesentliche Veränderung. Das ist ein Ergebnis des BaWü-Checks, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zur wirtschaftlichen Lage im Südwesten durchgeführt wurde.

Das Umfrageergebnis unterscheidet sich damit deutlich von den Prognosen der meisten Konjunkturforscher, die für die deutsche Wirtschaft derzeit ein Wachstum von 3,1 bis 4,2 Prozent vorhersehen.

Zum Zeitpunkt der repräsentativen Umfrage, die zu Beginn des Lockdowns im vergangenen Dezember durchgeführt wurde, sorgte sich jeder Achte um den eigenen Arbeitsplatz. Jeder zehnte Berufstätige im Land war schon einmal in Kurzarbeit, jeder siebte war es zum Zeitpunkt der Befragung. Die wirtschaftlichen Folgen treffen die Bürger aber unterschiedlich stark. „Die schwächeren sozialen Schichten mit einem niedrigeren Einkommen und einem niedrigeren Bildungsniveau sind ganz klar überproportional von der Krise betroffen“, sagte IfD-Chefin Renate Köcher.



Der BaWü-Check fragte auch die Meinung zu wesentlichen strukturellen Veränderungen infolge der Krise ab: So befürchtet eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, dass in den Innenstädten infolge von Insolvenzen viele Geschäfte, Restaurants und Cafés verschwinden werden. Vier von zehn Befragten glauben, dass die Citys dadurch dauerhaft an Attraktivität verlieren werden.

Fast 60 Prozent der Befragten glauben, dass die baden-württembergischen Unternehmen beim Thema Digitalisierung hinterherhinken, nur jeder Fünfte sagt, dass sie gut aufgestellt sind. Kritisch wird mit dem Automobilbau auch eine der Schlüsselindustrien im Land gesehen: Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass die Branche auch in den kommenden Jahren zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird. Jeder Zweite hingegen erwartet, dass die Bedeutung der Automobilindustrie sinkt. ► **Leitartikel**

## Lobbyisten im Landtag sollen sich registrieren

Künftig soll jeder sehen können, wer auf Gesetze Einfluss genommen hat.

**STUTT GART.** Organisationen und Verbände, die ihre Interessen beim Landtag vertreten, sollen sich von der kommenden Legislaturperiode an in eine öffentlich einsehbare Liste beim Landtag eintragen. Die Fraktionsspitzen von Grünen, CDU, SPD und FDP einigten sich auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf, der unserer Zeitung vorliegt. Darin ist auch vorgesehen, dass die Landesregierung für sich regeln soll, wie sie kenntlich macht, wer auf ihre Gesetzentwürfe Einfluss genommen hat. Bußgelder für etwaige Verstöße, wie etwa von den Sozialdemokraten gefordert, sieht der Gesetzentwurf allerdings nicht vor.

„Mit einem Gesetz für ein Lobbyregister sorgen wir jetzt für Klarheit, wer welche Interessen gegenüber dem Landtag, aber auch gegenüber der Landesregierung vertritt“, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Uli Skerl. „Das können die Menschen ab der kommenden Wahlperiode dann nachvollziehen.“ (ang)

## Kretschmann: Härtere Ausgangssperren drohen

Der Ministerpräsident warnt vor Corona-Mutanten.

**VON CHRISTINE KECK UND ARNOLD RIEGER**

**STUTT GART.** Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat für den Fall einer weiteren Corona-Ausbreitung eine deutliche Verschärfung der Ausgangssperren angedeutet. „Wenn das richtig aus dem Ruder läuft, wie wir das in London oder so sehen, und wenn das Gesundheitswesen kollabiert, dann muss man drastische Ausgangssperren machen. Das ist dann das einzige Mittel“, sagte er auf einer digitalen Veranstaltung der Grünen-Landtagsfraktion.

Kretschmann warnte auch vor der Gefahr von Mutationen, die „zur Stilllegung weiterer Bereiche der gesamten Wirtschaft“ führen könnten. Deshalb müsse mehr Arbeit im Homeoffice ermöglicht werden. Da sei „noch viel Luft nach oben“. Eine Pflicht zum Homeoffice lehnt er aktuell jedoch ab.

Das Landesgesundheitsamt untersucht Corona-Proben künftig selbst auf Mutationen. Das Land erhofft sich so, bei Verdachtsfällen schneller reagieren zu können. Bislang mussten Proben von Verdachtsfällen aus dem Land an die Charité nach Berlin geschickt werden. Die Mutationen des Virus aus Südafrika und Großbritannien wurden im Südwesten bereits nachgewiesen.

Im Land sind mittlerweile 76 762 Personen gegen Corona geimpft. Offiziell dürfen sechs Spritzen aus einem Fläschchen Impfstoff von Biontech gewonnen werden. Aber: „Wenn die Spritze exakt aufgezoogen wird, sind sieben Dosen drin“, sagte Hans-Jürgen Lipp, Chefapotheker der Uniklinik Tübingen, unserer Zeitung. Experten aus Mannheim und Freiburg bestätigten das.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) verteidigte im Bundestag die Impfstrategie. „Natürlich ruckelt es bei der größten Impfkampagne der Geschichte“, sagte er. Er warb für eine hohe Impfbereitschaft und für Vertrauen. Die europäische Zusammenarbeit bei der Impfstoffbeschaffung verteidigte er. ► **Kommentar**

## Kommentar

### Reicht nicht

Minister Spahn rechtfertigt das Vorgehen beim Impfen.

**VON BERNHARD WALKER**

Alle sind Corona-müde, alle sind genervt. Und so blieb Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) keine andere Wahl, als zu tun, was er schon so oft getan hat: Er bat die Bürger eindringlich, durchzuhalten und einander sowie den politisch Verantwortlichen zu vertrauen. Sein Appell ist völlig richtig, weil sich die Pandemie nur gemeinsam bewältigen lässt.

Dabei würde es aber enorm helfen, wenn Berlin den Alltag erleichterte. Warum mussten viele Unternehmer wochenlang auf die Auszahlung der „Novemberhilfen“ warten (manche tun es noch immer)? Warum gibt der Staat seinen riesigen Vorrat an FFP2-Masken nicht an Erzieher in der Notbetreuung ab? Warum sagt Spahn nichts dazu, dass manche Länder die Terminvergabe fürs Impfen nicht auf die Reihe kriegen? Manche Ältere haben Enkel, die das Internet nach einem Termin durchforsten – andere nicht. Kein Wunder also, dass viele Senioren zornig sind. Da wäre schon viel gewonnen, wenn die Älteren wenigstens wüssten, wann sie dran sind – auch wenn das oft noch Wochen dauern wird.

Es wäre auch an der Zeit, dass Spahn prüfte, ob Laien die Schnelltests selbst sicher anwenden können. Falls ja, muss er klären, wie sich die Produktion steigern lässt, und die Tests dann an diejenigen abgeben, die in der Pandemie das Land am Laufen halten – seien es Kassiererinnen oder Ehrenamtler, die sich um andere kümmern. „Wer regiert, muss sich erklären“, meint Spahn. Das stimmt – reicht aber nicht aus. Im Bundestag hat er sich nun mit einer überzeugenden Rede erklärt. Soll jedoch das Vertrauen nicht weiter schwinden, muss Berlin die Lebenswirklichkeit stärker in den Blick nehmen.

bernhard.walker@stzn.de

## Nawalny kehrt nach Moskau zurück

**MOSKAU.** Der nach einem Giftanschlag in Deutschland behandelte russische Oppositionspolitiker und Blogger Alexej Nawalny will in wenigen Tagen nach Russland zurückkehren. Er werde am Sonntag mit einer Maschine der Airline Pobeba am Moskauer Flughafen in Wnukowo landen, erklärte Nawalny in den sozialen Medien. In Russland drohen dem Kreml-Kritiker mehrere umstrittene Prozesse.

Auf Nawalny war im August in Sibirien ein Mordanschlag mit einem Nervengift verübt worden. Anschließend wurde er nach Deutschland ausgeflogen und in der Berliner Charité behandelt. Nawalny wirft dem russischen Geheimdienst vor, hinter seiner Vergiftung mit einem Stoff aus der Nowitschok-Gruppe zu stecken. (AFP)